

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Abzugssatz: Monatl. d. Post A 1.20 einchl. 10 J. Best.-Bes. zur 60 J. Jubiläumsged.; d. Kg. 1.40 einchl. 20 J. Anzeigengeb.; Einzelst. 10 J. Bei Nichterschienen der Zeit. inf. d. d. Gewalt od. Betriebskör. befreit sein Anspruch auf Lieferung. Druckanschrift: Tannenblatt, Fernruf 821. Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text 15 Millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabdruck Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 285

Mittwoch, den 8. Dezember 1937

88. Jahrgang

8 Millionen RM. Sammelergebnis

Das endgültige Ergebnis der Sammlungen am Tag der nationalen Solidarität

Berlin, 7. Dez. Durch die inzwischen bekannt gewordenen Nachmeldungen zur Sammlung am Tag der nationalen Solidarität im Reich hat sich deren Ergebnis ganz außerordentlich erhöht.

Am Sonntag, den 5. Dezember, war das vorläufige Ergebnis mit 7 635 476,49 RM. bekanntgegeben worden. Inzwischen wurden 308 626,27 RM. nachgemeldet, so daß sich also ein endgültiges Ergebnis im Reich von 7 944 102,76 RM. ergibt. Das sind 2 301 823,57 RM. oder 40,8 Prozent mehr als das Ergebnis des Tages der nationalen Solidarität 1936.

Auch das Ergebnis der Sammlung am Tag der nationalen Solidarität in der Reichshauptstadt Berlin hat sich nachträglich noch außerordentlich erhöht. Waren am Sonntag als vorläufiges Ergebnis 639 285,16 RM. bekanntgegeben worden, so erhöht sich das endgültige Ergebnis durch die inzwischen nachgemeldeten 173 420,19 RM. auf insgesamt 806 705,35 RM.

Einer der beliebtesten Kniffe jener Kritiker im Ausland, die die Welt in „Diktatorstaaten“ und „freie“ Völker einteilen belieben, ist der, alle Erfolge in der nationalso-

zialistischen Aufbauarbeit dadurch zu verkleinern, daß man sie als Ergebnis einer harten, auf dem Volk lastenden Gewaltregierung darstellt. So pflegt man beispielsweise angelehnt an die unzulässige Erhöhung des deutschen Arbeitseinkommens darauf hinzuweisen, daß bei der Erreichung des tatsächlichen Einkommens alle die vielen „Abgaben“ abgeführt werden müßten, die der deutsche Arbeiter für die vielen Sammlungen, das Winterhilfswerk usw. zahlen müsse. Wie falsch diese Leute Deutschland beurteilen, dafür war der „Tag der nationalen Solidarität“ am vergangenen Sonntag der beste Beweis. Wo in der Welt hat man es schon erlebt, daß ein ganzes Volk trotz Kälte und Regen sich auf die Straßen und Plätze drängt, um „Abgaben“ zu entrichten? Nein, das sind keine Abgaben, die da in 5- und 10-Pfennig-Stücken in die Sammelbüchsen wandern, sondern das sind Gaben, die freudig gegeben werden, weil sie von Herzen gegeben werden. So nur ist der ungeheure Andrang an diesem Tage zu erklären. So nur ist auch das Ergebnis dieses Tages zu erklären, das sich noch um 300 000 RM. erhöht hat und fast 8 Millionen RM. erreicht. Das Ergebnis des Vorjahres wurde um 40 Prozent übertrifft und ist ein Bekenntnis zum Sozialismus der Tat und zu seiner Führung.

Das Warschauer Gespräch

Die polnisch-französische „Inventuraufnahme“ ohne Ueberraschungen

Das Ergebnis der Warschauer Besprechungen des französischen Außenministers Delbos hat keinerlei Ueberraschungen gebracht, weder für die übrige Welt noch für die Beteiligten selbst. Herr Delbos war, als er in Paris den Zug nach Warschau bestieg, sich sicherlich im Klaren darüber, daß er in der polnischen Hauptstadt eine etwas anders gestimmte Atmosphäre vorfinden würde als diejenige, die seine Vorgänger in den Zeiten des französisch-polnischen Bündnisabchlusses dort antrafen. Auf der anderen Seite wird dieses Bündnis selbst auch von Polen in keiner Weise in Frage gestellt. Es bildet einen Faktor, mit dem seine Politik rechnet, und die Vereinbarungen, die der Marschall Rydz-Smigly am 6. September 1936 in Schloß Rambouillet abschloß und die sich nur allem auf die französische Finanzhilfe für die polnische Rüstung beziehen, stellen eine gewisse Erweiterung und Konkretisierung des Bündnisvertrages dar.

Aber Polens Politik ist im gleichen Verhältnis, wie sich die Machtstellung des Landes in Europa befestigte, selbständiger geworden. Man hat in Warschau eigene Auffassungen über eine Reihe von Fragen, in denen Paris ganz bestimmte Vektoren vertritt. Frankreich bekennt sich noch immer zum Grundgedanken der Kollektivität der europäischen Friedenssicherung. Polen zieht die zweiseitige Regelung der Beziehungen zu ihm und seinen Nachbarstaaten schwebenden Fragen vor und der Oberst Bed hat das, wie aus den Warschauer Berichten deutlich hervorgeht, seinem französischen Kollegen auch freimütig und offen zum Ausdruck gebracht. Es besteht also hinsichtlich der Methode der europäischen Politik zwischen den beiden Hauptstädten keine Parallellität. Vorläufig ist nicht anzunehmen, daß man in Paris die mit so viel Härtnäufigkeit und Unbelehrbarkeit vertretene Methode aufgeben wird. Aber auch Warschau denkt nicht daran, die seinige zu verlassen, zumal Herr Bed auf die damit erzielten Erfolge hinweisen konnte. In diesem Zusammenhang ist namentlich auf den deutsch-polnischen Ausgleich angespielt worden und Herr Delbos hat die Beziehungen, die sich daraus zwischen Warschau und Berlin entwickelten als ein gegebenes Faktum zur Kenntnis genommen. Trotz des polnisch-französischen Bündnisses bleiben sie im Kräftefeld der europäischen Friedensbemühungen wirksam.

Auch der französisch-sowjetische Pakt ist Gegenstand der Unterhaltungen der beiden Staatsmänner gewesen. Hier hat Herr Delbos eine deutliche Abneigung Polens gegen seine Bindung an die Sowjetunion zu spüren bekommen, die noch verstärkt wurde durch die Einbeziehung der Tschechoslowakei in das Bündnis zwischen Paris und Moskau. Man kennt die ungelösten Streitfragen, die zwischen Warschau und Prag bestehen und die zeitweilig zu einer Verschärfung des beiderseitigen Verhältnisses geführt haben. Wenn Herr Delbos, wie es den Anschein hat, versucht hat, eine Annäherung Polens an die Tschechoslowakei zustande zu bringen, so hat er sich damit eine glatte Abgabe geholt. Selbst französische Zeitungen geben zu, daß die polnische Regierung sich über die Beziehungen, die sich zwischen Moskau, Prag und Paris entwickelt haben, ernstlich beunruhigt und daß sie Polen vor dem Kommunismus einen tiefen Ab-

Einheitliche Reichsbeamtenschaft des Reichsnährstandes

Der Reichsbauernführer im Bauernland Hannover

Hannover, 8. Dez. Unmittelbar an den Tag der nationalen Solidarität, an dem Reichsbauernführer Walter Darré in der Reichsbauernstadt Goslar gesammelt hatte, hielt er anschließend in Begleitung des Reichsobmannes Behrens und des Landesbauernführers v. A. Heden der Landesbauernschaft Hannover einen mehrtägigen Besuch ab. Er besuchte verschiedene Höfe wechselnder Betriebsverhältnisse und Größe, um sich persönlich ein Bild von dem gegenwärtigen Stand der Erzeugungsschlacht in Hannover zu machen. Der erste Besuch galt in Abstedt bei Hildesheim dem Betriebe des Reichsobmannes Behrens, dessen Geschlecht seit mehreren hundert Jahren auf diesem Hofe sitzt, zeigte dem Reichsbauernführer an praktischen Beispielen, wie den Forderungen der Erzeugungsschlacht unter den gegebenen Landarbeiterverhältnissen Rechnung getragen wird; denn auch in Niedersachsen bleibt die Frage einer bestmöglichen Entwicklung des Arbeitseinkommens für die Durchführung der letzten Maßnahmen der Erzeugungsschlacht entscheidend. Die Landarbeiterabwanderung droht die Produktionsausweitung zu gefährden, wenn es nicht gelingt, gerade in dieser stark industrialisierten Provinz den Arbeitseinsatz befriedigend zu lösen. Der Reichsbauernführer überzeugte sich von den vielfältigen Maßnahmen, die von der Landesbauernschaft mit Erfolg durchgeführt werden, um der gegebenen Lage nach besten Kräften Rechnung zu tragen. Die besichtigten Betriebe, zu denen vornehmlich solche ehrenamtlicher Bauernführer gehörten, hinterließen einen nachhaltigen Eindruck besonderer Leistungen auf den der Landwirtschaft gestellten neuen Aufgabengebieten der Ernährungswirtschaft. So fanden der trotz des Leutenmangels eifrig ausgeübte Hausrindbau und die erzielten Leistungen auf dem Gebiete der Landestierzucht die Anerkennung des Reichsbauernführers. Den Abschluß des ersten Tages bildete eine Besichtigung der Zundersabrik Nordstemmen, die aufgrund ihrer neuerbauten Grünfütter-Trocknungsanlagen einen wertvollen Beitrag zur Ausweitung der wirtschaftsweisen Futtergrundlage bäuerlicher Betriebe leistet.

sehen hätten. Es ist interessant, daß in diesem Zusammenhang der „Dour“ schreibt, Frankreich lebe immer mehr „in der Furcht eines sowjetrussischen Abfalls“. Aus französischen militärischen Kreisen ist ja auch der Wert der von Sowjetrussland zu erwartenden Unterstützung wiederholt bezweifelt worden. Man nimmt in Paris an, daß Delbos sich bei der Fortsetzung seiner Reise in B u k a r e s t darum bemühen wird, für den aus diesen Gründen und wegen der Abneigung der anderen französischen Verbündeten, nicht nur Polens, im Werte verminderten Sowjetpakt seinen Ersatz durch eine stärkere Aktivierung des Bündnisses mit Rumänien zu finden.

Für den Großmachtanspruch Polens, gleichzeitig aber auch für sein Bestreben, durch sein Bündnis mit Frankreich nicht in Situationen gebracht zu werden, auf die es keinen Einfluß hat, ist bezeichnend, daß der polnische Außenminister die Forderung erhoben hat, bei etwaigen Verhandlungen über einen neuen Westpakt miteingeschaltet zu werden. Diese Forderung ist überflüssig, wie sehr das System der zweiseitigen Verträge durch das Kollektivsystem überschritten wird und wie sehr das letztere die Befürchtung auslöst, unerwünschte Folgen für zweiseitige Abmachungen zu haben, die unter anderen Voraussetzungen abgeschlossen wurden.

Der Ring um Kanton

Tokio, 7. Dez. (Staßendienst des DNB.) Wie das kaiserliche Hauptquartier meldet, haben die japanischen Streitkräfte vor Kanton am Dienstag mittag folgende Punkte erreicht: Im Nordosten den Ort Tschilashan (18 Kilometer vor Kanton), im Süden Tsinglung (8 Kilometer) und im Südosten Jangshan (15 Kilometer). Weiter wird bestätigt, daß die japanischen Truppen am Montag abend den Purpurberg mit dem Gradmal Sunjassens besetzt haben.

Der Befehlshaber der Kanton Garnison, General Tangshengtschi, machte den wenigen noch in der Stadt zurückgebliebenen Ausländern Mitteilung vom Herannahen der japanischen Truppen und bat sie, die Stadt zu verlassen.

London, 7. Dez. Reuter bestätigt, daß Marschall Tschilangkaischel Kanton verlassen habe. Man glaube, daß er sich nach Kantschang begeben werde.

Die Japaner in den Vorstädten

London, 8. Dez. Nach der letzten von Reuter um 23.30 Uhr MEZ. ausgegebenen Meldung war Kanton am Dienstagabend noch nicht in die Hände der Japaner gefallen. Obwohl die japanischen Truppen bereits die Vorstädte besetzt haben, sind sie in die eigentliche Stadt noch nicht eingedrungen. Jedoch meldet Reuter, daß die Einnahme der Stadt noch im Laufe der Nacht zum Mittwoch zu erwarten sei.

In der Landesbauernschaft Hannover fand eine eingehende Besprechung mit den Hauptabteilungsleitern über schwebende Probleme statt. Sowohl Fragen der Organisation und Verwaltung als auch der Erbschaftsgerichtsbarkeit, der Neubildung deutschen Bauernrechts sowie des besonders starken Einflusses der Gruppe „Reichsnährstand“ im Reichsberufswettkampf und marktpolitische Fragen wurden erörtert.

In einer Ansprache vor den leitenden Beamten und Angestellten der Landesbauernschaft über Fragen der landwirtschaftlichen Verwaltung verkündete der Reichsbauernführer zur Durchbildung einer einheitlichen Reichsbeamtenschaft des Reichsnährstandes den nationalsozialistischen Grundgedanken, daß unabhängig von allem Berechtigungswesen jeder, der seinen Lebensberuf im Dienste am deutschen Bauernstand erblickt, im Reichsnährstand bis zu den höchsten Führerstellen aufsteigen kann, wenn er Leistung und Können mit Charakter verbindet.

Zum Landesbauernrat sprach der Reichsbauernführer anschließend über Führungsaufgaben im deutschen Bauernstand. Er unterstrich die verpflichtende Tatsache, daß sich das aus der Kampfszeit entwickelte Führerkorps nur durch weitere besondere Leistungen die Achtung in der Landwirtschaft und darüber hinaus im gesamten Volke erhalten könne. Die zu lösenden Aufgaben seien nicht immer leicht, und die Anforderungen schienen oft über das Maß des zu Leistenden hinauszugehen.

Der größte Stolz der unter Adolf Hitler Lebenden werde einmal der sein, an der Sicherung der Ernährungsgrundlagen des deutschen Volkes mitgewirkt zu haben.

Der Reichsbauernführer schloß mit einem Bekenntnis zu Hermann Löns, der als der Heimatdichter Niedersachsens schon vor einer Generation die ersten Schollen für ein Verständnis der weltanschaulichen Grundlagen, die heute den Wesenskern der bäuerlichen Arbeit bilden, getroffen hat.

Die Besprechungen zwischen Delbos und Bed haben, soweit die gesamteuropäischen Probleme in Frage kommen, aus all diesen Gründen kaum den Rahmen dessen überschritten, was man als eine allgemeine orientierende Ueberrichtungsbezeichnung bezeichnet. Greifbare Ergebnisse sind, soweit sich bis jetzt erkennen läßt, nur nach zwei Richtungen erzielt worden und die liegen auf der Linie der unmittelbaren französisch-polnischen Beziehungen. Man hat die Möglichkeit einer Belebung des gegenseitigen Warenverkehrs und der stärkeren Heranziehung der französischen Kreditquellen für die polnische Industrie erörtert. Zum anderen aber ist zur Festigung und Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein Abkommen vorbereitet worden in der Art wie Polen es bereits mit einer Reihe anderer Staaten, u. a. auch mit Deutschland, abgeschlossen hat.



Deutschland wird durch die Warschauer Verhandlungen nach dem bisher bekannt gewordenen Ergebnis nicht berührt. Seine Beziehungen zu Polen ruhen auf fester Grundlage die auch in den jetzigen Besprechungen nicht angetastet wurden. Dabei darf hervorgehoben werden, daß die Begrüßung des französischen Außenministers bei der Durchfahrt durch Berlin durch den Freiherrn von Neurath in der französischen Presse ein ganz außerordentlich sympathisches Echo gefunden hat. Man erblickt darin eine ganz ungewöhnliche Geste der Höflichkeit, die stimmungsmäßig die Franzosen stark beeindruckt hat. Im übrigen unterstreicht man, daß die beiden Staatsmänner während des Aufenthalts des Juges immerhin Gelegenheit zu einer kurzen aber inhaltreichen Aussprache hatten.

Zu registrieren wäre noch, daß Polen auch seinen Kolonialanspruch in die Debatte warf. Herr Delbos nahm ihn höflich zur Kenntnis, erklärte aber gleichzeitig, aus französischem Kolonialbesitz könne er nicht befreit werden.

Ueber den Warschauer Besuch wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Im Verlaufe der Unterredungen, die Herr Delbos in Warschau mit allen Leitern der polnischen Politik hatte, wurden im Geiste loyaler Zusammenarbeit alle Probleme durchgesprochen, die die polnisch-französischen Beziehungen und allgemeiner die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa berühren. Es wurde erneut festgestellt, daß die seit 1921 bestehende Allianz zwischen Polen und Frankreich ein wesentliches und dauerndes Element der Politik der beiden Länder darstellt, wie beide in gleicher Weise daran festhalten, im Interesse der friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen allen Völkern. Die beiden Minister bekräftigten ihren gemeinsamen Willen, auf allen Gebieten die Politik der vertrauensvollen Zusammenarbeit fortzusetzen, die den Interessen und Bestrebungen der beiden Nationen entspricht und die darüber hinaus eine allgemeine Befriedung und eine internationale Zusammenarbeit anstrebt.

Polen wünscht koloniale Tätigkeit

Paris, 7. Dez. Der Sonderberichterstatter der französischen Nachrichtenagentur Havas, der den Außenminister auf seiner Rundreise begleitet, bekräftigte am Dienstag, daß im Laufe der Besprechungen zwischen Delbos und Beck auch die polnische Kolonialfrage angeschnitten worden sei. Die polnischen Forderungen läßt sich auf zwei Punkte: 1. Polen, das sich in voller Arbeit und nationaler Aufrüstung befindet, brauche Rohstoffe, 2. ein Abflugkanal für die immer zunehmende Bevölkerung sei notwendig.

Der polnische Außenminister habe seinem französischen Kollegen erklärt, daß Polen keinen territorialen Ehrgeiz habe. Es fordere deshalb auch keinen neuen Besitz in voller Souveränität. Außerdem werde es die genauen Forderungen erst aufstellen, wenn die Frage einer Neuverteilung der Kolonien greifbare Formen angenommen habe. In diesem Falle wünsche es jedoch, daß man auch seine lebenswichtigen Interessen berücksichtige. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wünsche Polen an internationalen Gesellschaften beteiligt zu werden, deren Schaffung für die Rugharmachung gewisser Kolonialgebiete ins Auge gefaßt sind. Außerdem wünsche es, bei der Auswanderung in gewisse außereuropäische Länder betätigt zu werden. Delbos, so erklärte der Havas-Korrespondent weiter, habe sich gezwungen gesehen, diese polnischen Wünsche als berechtigt anzuerkennen.

Der Führer bei General Lubendorff

München, 7. Dez. Der Führer hatte am Dienstag dem erkrankten General Lubendorff in München einen Besuch ab und sprach ihm seine und des Generalfeldmarschalls von Blomberg beste Genesungswünsche aus.

Lubendorffs Befinden etwas gebessert

Berlin, 7. Dez. Ueber das Befinden General Lubendorffs wurde am Dienstagabend folgender Bericht ausgegeben: In den letzten Tagen ist eine erfreuliche Besserung in dem Kräftezustand des Generals Lubendorff zu verzeichnen.

„Tag der Wehrmacht“

Ständige Einrichtung im ganzen Reich

Berlin, 7. Dez. Die Veranstaltungen Berliner Truppenteile zugunsten des Winterhilfswerks am letzten Sonntag haben besonderen Anklang bei der Bevölkerung gefunden. Der Ertrag für das Winterhilfswerk war über Erwarten groß.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht hat deshalb verfügt, daß in Zukunft im ganzen Reich der „Tag der Wehrmacht für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ am Sonntag nach dem „Tag der nationalen Solidarität“ durchgeführt wird.

Baldur von Schirach in Iran

Teheran, 7. Dez. Reichsjugendführer Baldur von Schirach wurde am Sonntag vom iranischen Kaiser Reza Schah empfangen. Es entspann sich eine herzliche Unterhaltung von längerer Dauer. Am Sonntag begab sich der Reichsjugendführer, der während seines Aufenthaltes in Teheran in der deutschen Gesandtschaft wohnt, ins iranische Außenministerium, um dem Staatssekretär, der den augenblicklich erkrankten Außenminister vertritt, einen Besuch abzustatten. Abends fand ein kameradschaftliches Zusammensein der Teheraner Ortsgruppe der NSDAP statt. Der Reichsjugendführer hielt vor nahezu 800 Volksgenossen eine längere Ansprache und überreichte der Ortsgruppe im Namen der NSDAP ihre Fahne. Auf Einladung des iranischen Unterrichtsministers besuchte Reichsjugendführer von Schirach am Montag das Lager der Teheraner Jugend. Ueber 1000 Jungen in schmutzigen Uniformen hatten hier einen disziplinierten Lagerbetrieb.

Finnland feiert

20. Jahrestag der Selbständigkeitsklärung Finnlands

Helsinki, 7. Dez. Am Montag, dem 20. Jahrestag der Selbständigkeitsklärung Finnlands, der im ganzen Lande und vornehmlich in der Landeshauptstadt Helsinki festlich begangen wurde, versammelte sich der Reichstag in Anwesenheit des diplomatischen Corps zu einer Festigung, in der Reichstagspräsident Galfila und Ministerpräsident Cajander der Bedeutung des Tages gedachten. Eine Truppenparade mußte wegen außergewöhnlich starken Schneefalles ausfallen. Nachmittags fand in der Messehalle eine Selbständigkeitsfeier statt. Am Abend war die Hauptstadt illuminiert und ein Feuerwerk wurde abgebrannt. Am 22. Uhr gab Staatspräsident Kallio den Spitzen des finnischen Staates und dem diplomatischen Corps einen großen Empfang. Die deutsche Kolonie hatte sich zu einem besonderen Festgottesdienst in der Deutschen Kirche versammelt, an dem auch Gesandter Blücher teilnahm.

Der frühere Staatspräsident Soihelma, der vor zwanzig Jahren die finnische Selbständigkeitsklärung abgegeben hat, war nicht zu den Feiern erschienen. Tags zuvor hatten ihn die Minister seiner alten Regierung auf seinem Landgut aufgesucht, um ihm ihre Glückwünsche darzubringen.

Allerlei Spanisches

In Katalonien wütet die Tscheta

Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, haben die Bolschewistenhauptlinge nunmehr die Leitung des Epichelwesens in Katalonien sowjetrussischen Elementen übertragen, die in ihrem überlegenen Teil der GPU angehören. Diese Maßnahme ist auf das Betreiben der sowjetrussischen Agenten erfolgt. Neuerdings sollen in die in Sowjetspanien arbeitende Tscheta, wie der nationale Rundfunksender mittels, Chinesen aufgenommen sein. Die Opfer der Tscheta werden durch unerhörte Grausamkeiten und körperliche Misshandlungen zu Gefährdungen gezwungen.

Die nationalspanischen Behörden weisen die internationale Öffentlichkeit darauf hin, daß seit einigen Tagen Panzerwagen in großer Zahl bei Perpignan über die französische Grenze nach Sowjetspanien verschoben werden. Die französischen Grenzbehörden leisten diesen Transporten nicht das geringste Hindernis entgegen.

Eben über die Mäuerchen der Bolschewisten

Auf Anfrage gab Außenminister Eden im Unterhause zu, daß von Seiten der Bolschewisten in Katalonien zahlreiche Eingriffe in ausländische Besitzrechte erfolgt seien. Eden erklärte, es sei ihm unmöglich alle Fälle anzuführen. Mehrfach seien Vorstellungen der britischen Regierung bei den verantwortlichen spanischen Stellen gemacht und Proteste gegen die fatalistischen „Kollektivierungs-Befehle“ abgegeben worden. Eden führte den Fall der Elektrizitätswerke von Barcelona an, die fast ausschließlich in britischen und in kanadischen Händen sind. Er berichtete, das im September 1936, nachdem diese Werke von einer bolschewistischen Verwaltung übernommen worden seien, er die Anweisung habe zugehen lassen, in Katalonien vorstellig zu werden, damit diese Maßnahmen zurückgezogen würden. Mehrere Male seien die Vorstellungen wiederholt worden, doch hätten sie nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Beschämendes Zwischenpiel in Madrid

Wie aus sowjetspanischen Berichten hervorgeht, werden die englischen Labour-Abgeordneten bei ihrer Reise durch Sowjetspanien von den Bolschewisten lebhaft gefeiert. Die englischen Marxisten besuchten mit Attlee an der Spitze verschiedene Abteilungen der Madridfront und nahmen später an einer Begrüßungsfeier im Rathaus zu Madrid teil. Bei dieser Gelegenheit erklärte Attlee, die englischen Marxisten wünschten, daß das „legale Spanien“ bald den Sieg davontrage. Attlee versicherte dann, daß nach seiner Rückkehr in England die Hilfe für Sowjetspanien verstärkt werden würde. Die englische Marxistenabordnung ist am Montag nachmittags nach Barcelona gereist.

Portugal erkennt einen Sonderbeauftragten bei Franco

Das portugiesische Außenministerium veröffentlicht eine amtliche Verlautbarung folgenden Inhalts: „Die portugiesische Regierung beabsichtigt, ihre Vertretung bei der Regierung General Francos enger und harmonischer zu gestalten in Anbetracht der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Behörden und der Bevölkerung der beiden Nachbarländer bestehen. Im Einklang mit General Franco ernannt die portugiesische Regierung daher einen Sonderbeauftragten in der Person des jetzigen Handelsministers Dr. Teotonio Pereira.“

Eisenbahnunglück in Katalonien

Auf der Strecke zwischen Valencia und Barcelona kam es zu einem schweren Eisenbahnunglück. Ein Zug fuhr auf einen haltenden Zug auf, wobei die Lokomotive und zwei Wagen zerstört wurden. Zwölf Fahrgäste fanden den Tod und 60 wurden verletzt.

Französische Vermutungen über die römischen Besprechungen

Paris, 7. Dez. Der Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch in Rom wird von den französischen Zeitungen weiterhin aufmerksam verfolgt. „Jour“ will von sehr wichtigen Verhandlungen berichten können. Jugoslawien soll u. a. wegen seiner bedeutenden Wirtschaftsinteressen in Spanien im Begriff stehen, Handelsagenten nach Nationalspanien zu entsenden und vielleicht sogar die Franco-Regierung vollständig anzuerkennen. Jugoslawien verfolge auch mit Sympathie die Aktion der Achse Berlin-Rom-Tokio gegen die Komintern, es wolle sich jedoch nicht in fester Form dieser Achse anschließen. Rom verlange eine engere Zusammenarbeit zwischen Belgrad, Wien und Budapest zu schaffen, ebenso wie Rom schon die durgarisch-jugoslawische Annäherung begünstigt habe. „Petit Parisien“ läßt sich aus Rom berichten, es treffe zu, daß Jugoslawien dem Kommunismus gegenüber abgeneigt bleibe.

Denkt an die hungernden Vögel!

Zinssenkung für neue Hauszinssteuer-Hypotheken

von 4 auf 3 vom Hundert

Berlin, 7. Dez. Im Jahre 1936 war der Zinssatz für Hypotheken aus Rückflüssen der Baudarlehen, die der Gebäudenschuldungsteuer entstammen (Hauszinssteuer-Hypotheken), auf 4 v. H. festgesetzt worden, um eine Angleichung an die Zinssätze für die Reichsdarlehen bei den vom Reich geförderten Maßnahmen (namentlich Kleinwohnungen und Volkswohnungen) herbeizuführen.

Nachdem der Zinssatz der Reichsdarlehen für Kleinwohnungen und Volkswohnungen vor einiger Zeit von 4 v. H. auf 3 v. H. gesenkt worden ist, hat der Reichsarbeitsminister eine gleichartige Regelung für die Verzinsung der neu auszuführenden Hypotheken aus Rückflüssen der aus der Gebäudenschuldungsteuer stammenden Hypotheken (Hauszinssteuer-Hypotheken) getroffen. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Hypothekenausgabe ermächtigt, den Zinssatz für Neubewilligungen von Hypotheken aus Rückflüssen der Hauszinssteuer-Hypotheken auf 3 v. H. festzusetzen. Der Tilgungssatz von 1 v. H. bleibt unverändert. Die Herabsetzung des Zinssatzes bezieht sich lediglich auf solche Hypotheken, die vom 1. November 1937 ab neu bewilligt werden.

Da die Hauszinssteuer-Hypotheken im wesentlichen zur Erleichterung der Finanzierung von solchen Wohnstätten dienen, die für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten bestimmt sind, ist damit erreicht worden, daß nunmehr sämtliche Darlehen der öffentlichen Hand, die für den Arbeiterwohnstättenbau eingesetzt werden, zu einem Zinssatz von höchstens 3 v. H. auszugeben werden.

Das richtige Verhalten im Straßenverkehr

Die sprunghafte Steigerung der Motorisierung Deutschlands seit der Wachttergreifung durch den Nationalsozialismus hat leider auch eine beängstigende Steigerung der Verkehrsunfälle mit Tausenden von Toten jährlich und Hunderttausenden von Verletzten zur Folge gehabt, gar nicht zu reden von der Vernichtung wertvollen Materials im Werte von Abermillionen Reichsmark. Eine durchgreifende Besserung war nur zu erwarten durch eine Zusammenfassung der Gesamtfragen der Verkehrsunfallbekämpfung. In der Mitte des Jahres beschloß die Reichsregierung sowohl die Exekutive als auch die Gesetzgebung in eine Hand zu vereinigen. Das Ergebnis sorgfältigster Beobachtung, einer peinlich geführten Statistik und eines gründlichen Studiums erhielt seinen Niederschlag in der vom Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium, Reichsführer SS Himmler, und dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt mitgezeichneten Straßenverkehrslehre-Ordnung des Reichsministers des Innern.

Es geht jeden an!

Wir werden unseren Lesern bis zum 1. Januar 1938, dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung, in Kurz-Artikeln die wichtigsten Punkte von berufener Seite erklären lassen. Es geht jeden an, ob Fußgänger oder Kraftfahrer, ob den Benutzer eines Kraftwagens oder den Lenker eines Kraftwerkes, ob den Radfahrer, den Führer einer Straßenbahn oder das Schulkind. Der Erfolg der neuen Verordnung hängt ausschließlich ab von einer echten Kameradschaft aller Verkehrsteilnehmer. Eine flüssige Fahrweise, aber auch größte Sicherheit für Fußgänger und Fahrer kann nur durch eine nachhaltige Besserung der Verkehrsdisziplin aller erreicht werden.

Die neue Verordnung hat einen rein vorbeugenden Charakter, d. h. sie gibt der Exekutive die Möglichkeit des Eingreifens bereits vor Eintritt eines Unfalls, sie wirkt sich also rechtzeitig warnend aus. Dabei wird ausdrücklich festgestellt, daß die Vorschriften nicht in jedem Falle peinlich angewandt werden sollen. Bei Unvorsichtigen wird die Polizei beherrschend eingreifen, die Leichtsinigen haben mit kleinen aber umso unangenehmer wirkenden Strafen zu rechnen. Die Rücksichtslosen dagegen trifft unnachlässig die härteste Strafe.

Erste Grundregel!

Der große Vorteil der neuen Verordnung liegt zunächst darin, daß für ganz Deutschland eine einheitliche Rechtslage geschaffen worden ist. So sollen z. B. alle örtlichen Bestimmungen über Verkehrsbeschränkungen ab 1. Januar kommenden Jahres jori. Der Paragraph 1 der allgemeinen Vorschriften behandelt die Grundregel für das Verhalten im Straßenverkehr und stellt dabei fest, daß jeder Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr — das Wortchen jeder kann nicht stark genug betont werden — sich so zu verhalten hat, daß der Verkehr nicht gefährdet wird; jeder einzelne muß sich auf der Straße so verhalten, daß kein anderer eine Schädigung erleidet oder beängigt wird. Besondere Beachtung verdient auch die polizeiliche Feststellung, daß keiner mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert werden darf.

Wie sich der Verkehrsteilnehmer im Sinne dieser Grundregel auf der Straße richtig zu verhalten hat, werden wir dem Leser im nächsten Artikel im einzelnen auseinandersetzen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Begnädigungsakt des Danziger Senats. Der Danziger Senat hat 15 ehemalige Kommunisten, die wegen politischer Vergehen Freiheitsstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zu fünf Jahren Zuchthaus zu verbüßen hatten, in großzügiger Weise aus der Strafhaft entlassen. Bei dem Entlassungsakt betonte Kriminaldirektor Gröchner in einer kurzen Ansprache, daß der Senat sich entschlossen habe, diese ehemaligen Kommunisten vorläufig bedingt zu begnadigen; sie müssen sich aber im Laufe der nächsten Zeit bewähren.

Vier Nationalsprachen in der Schweiz. Der Nationalrat nahm einstimmig eine Vorlage an, wonach neben der deutschen, der französischen und der italienischen auch die rätoromanische Sprache als Nationalsprache anerkannt wird.



